

ISS AKTUELL



Gerald Brettner-Messler

China – USA – Nordkorea: die nukleare Gefahr in Ostasien



Vorwort

Schon seit Jahren verschieben die USA den Schwerpunkt ihrer strategischen Aufmerksamkeit nach Asien. Diese Politik richtet sich primär gegen den strategischen Herausforderer China. Im US-Wahlkampf kündigte Donald Trump sogar eine noch aggressivere Politik an. Am Beginn der Amtszeit von Präsident Trump stand sogar eine Abkehr von der Ein-China-Politik im Raum, doch hat sich diese Befürchtung vorerst nicht bewahrheitet. Die unterschiedlichen Interessen Chinas, seiner teilweise auch mit den USA verbündeten Nachbarn und der USA selbst haben bereits in den vergangenen Jahren zu zahlreichen Spannungen im Ostchinesischen und Südchinesischen Meer geführt (siehe dazu detaillierter ISS Aktuell 5/2015). Auf Grund des nordkoreanischen Nuklearprogramms sind die USA und China jedoch trotz aller Antagonismen aktuell an einer sicherheitspolitischen Kooperation interessiert. Nordkorea versucht, sich durch die Entwicklung von Nuklearraketen gegen einen erzwungenen Regime Change zu wappnen und Drohpotential gegen die USA in die Hand zu bekommen. Demgegenüber wollen die USA keinesfalls einsatzfähige Interkontinentalraketen, welche die USA bedrohen könnten, dulden. China wiederum kann und will einen US-amerikanischen Alleingang im eigenen Hinterhof nicht dulden. Die Zutaten für eine komplexe Krisensituation sind somit angerichtet.

Zum besseren Verständnis dieser Vorgänge soll die vorliegende Kurzstudie dienen, die Dr. Gerald Brettner-Messler, langjähriger Mitarbeiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik, verfasst hat. Auf Grund der laufenden Weiterentwicklung der Ereignisse sei noch darauf verwiesen, dass die Studie am 27. April 2017 abgeschlossen wurde.

Wie immer sind die Analysen des ISS eine wissenschaftliche Information und stellen in keiner Weise einen offiziellen Standpunkt des BMLVS dar.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre.

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik

Einleitung

Während des Präsidentschaftswahlkampfes in den USA und besonders nach der Wahl von Donald Trump waren die künftigen Beziehungen zwischen USA und China ein viel erörtertes Thema. Trump hatte während des Wahlkampfes und auch in der Zeit vor der Angelobung heftige Kritik an China geäußert. Seine Wortmeldungen ließen Befürchtungen aufkommen, dass es zu einem zunehmenden Antagonismus zwischen den beiden größten Wirtschaftsmächten der Welt kommen könnte und somit zu einer weiteren Destabilisierung der durch Krisen und Konflikte bereits angespannten internationalen Beziehungen. Schon unter Barack Obama waren die Beziehungen in wirtschafts- und sicherheitspolitischen Belangen von Differenzen belastet gewesen. Dass das nordkoreanische Nuklearprogramm und das Verhältnis zu den beiden Verbündeten Japan und Südkorea sicherheitspolitisch ebenfalls gleich zu Amtsbeginn ein wesentliches Thema sein würden, war aufgrund der verschiedenen Aussagen Trumps schon Ende 2016 klar. Das bedeutete auch, dass in diesem Zusammenhang Entscheidungen über die Ausrichtung des Verhältnisses zu China getroffen werden mussten, betreffen diese Fragen doch wichtige Interessen Chinas.

Das „Ein-China-Prinzip“ – Pekings *Conditio sine qua non*

Eine erste Hürde zur Entspannung in den Beziehungen zwischen China und den USA nach der Wahl konnte durch ein Telefonat zwischen Donald Trump und Staats- und Parteichef Xi Jinping genommen werden. Trump versicherte Xi darin, dass die USA weiter zum „Ein-China-Prinzip“ stehen. Peking verlangt von anderen Staaten anzuerkennen, dass die Volksrepublik den chinesischen Staat repräsentiert – und nicht die Republik China, die sich nur auf die Insel Taiwan erstreckt. Taiwan wird von Peking als abtrünnige Provinz betrachtet, die eines Tages wieder unter die Oberhoheit Pekings gelangen soll. Die Frage ist deswegen von so großer Bedeutung, weil es um die territoriale Integrität Chinas geht, die aus Sicht Pekings auch andernorts bedroht ist. China beansprucht den Großteil des Südchinesischen Meeres als sein Hoheitsgebiet, aber auch die zu Japan gehörenden Senkaku-Inseln (chinesisch: Diaoyu-Inseln), hat aber auch mit Indien keinen geklärten Grenzverlauf.

Wer mit Peking diplomatische Beziehungen pflegen möchte, muss dieses Prinzip anerkennen. Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung der Volksrepublik fügen sich dem fast alle Staaten der Erde. Auch wenn es nur wenige Staaten gibt, die die Republik China anerkennen, ist es keineswegs eine bedeutungslose Forderung. Im

Dezember 2016 nahmen die Volksrepublik und der afrikanische Inselstaat São Tomé und Príncipe wieder diplomatische Beziehungen auf. Sie waren 1997 abgebrochen worden, nachdem dieser Staat diplomatische Beziehungen mit Taiwan eingegangen war. Nun konnte es sich Taiwan – laut seinem Außenminister – nicht mehr länger leisten, die finanziellen Wünsche von São Tomé und Príncipe zu erfüllen. Folge war die Rückwendung nach Peking. Im März 2016 hatte Gambia den Schwenk von Taipeh nach Peking vollzogen.

Donald Trump hatte nach seiner Wahl direkt und indirekt das Ein-China-Prinzip in Frage gestellt. Ausdruck dieser Haltung war in den Augen Pekings ein Telefonat Trumps mit Tsai Ing-wen, der Präsidentin von Taiwan. Die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Chinas sind seit der Wahl Tsais im Jänner 2016 angespannt. Gleichzeitig mit der Präsidentenwahl gewann die Demokratisch-progressive Partei, der Tsai angehört, die absolute Mehrheit im Parlament. Die Partei ist traditionell an der Unabhängigkeit Taiwans orientiert. Tsai verweigerte sich nach der Wahl dem unzweideutigen Bekenntnis, das für Peking im Verhältnis von Festland und Insel zentral ist, nämlich dass es nur ein China gebe.

Dieser sogenannte „Konsens von 1992“ ist so etwas wie das interne Gegenstück zum außenpolitischen Ein-China-Prinzip. Die Bezeichnung rührt von den Verhandlungen 1992 zwischen Peking und Taipeh über die Aufnahme von Beziehungen her, wobei der damalige „Konsens“ ein relativer war, weil darüber, was unter „einem China“ zu verstehen sei, keine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Von einem „Konsens“ wurde 1992 auch nicht gesprochen, die Bezeichnung bürgerte sich erst im Nachhinein ein.

Tsai musste das Thema in ihrer Inaugurationsrede ansprechen, sie tat dies aber in einer verklausulierten Weise, die Pekings Anspruch nicht gerecht wurde. Der Konflikt gipfelte im Abbruch der Beziehungen zwischen Festland und Insel. Für die Beziehungen ist jeweils eine Regierungsstelle, der Mainland Affairs Council in Peking und das Taiwan Affairs Office in Taipeh, zuständig, die Abwicklung der Kontakte findet über zwei Vereinigungen mit lediglich offiziösem Charakter statt (Taiwan: Straits Exchange Foundation, Volksrepublik: Association for Relations Across the Taiwan Straits).

Taipeh – Peking: Spannungen im Zeichen von Trumps Wahl

Nachteilig auf das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Chinas wirken sich Maßnahmen Pekings aus, die in Taiwan als unfreundliche Akte gewertet werden müssen. Die Volksrepublik ließ sich wiederholt Bürger

Taiwans, die der Beteiligung an Internet-Kriminalität verdächtig wurden, von dritten Staaten ausliefern. Zuletzt wurden im Februar 2017 269 (!) Chinesen von Spanien an die Volksrepublik ausgeliefert, obwohl ca. 200 aus Taiwan gewesen sein sollen. Der Abbruch der Verbindungen zwischen Festland und Insel war nicht die einzige Folge von Tsais Weigerung, auf die Forderungen Pekings einzugehen. Die Zahl der Touristen aus Taiwan, die das Festland besuchen durften, sank rasch um fast ein Drittel; Peking visitierte für 2016 einen Rückgang auf 2 Millionen von 3,85 Millionen im Jahr 2015 an. Auch das Handelsvolumen ging zurück.

Das Telefonat zwischen Trump und Tsai war aus Sicht Pekings ein weiterer Beleg, dass weder Tsai noch Trump zu trauen ist. Das Gespräch zwischen den beiden hat deswegen so viel Aufmerksamkeit erregt, weil es seit 1979 keinen direkten Kontakt mehr zwischen den Staatsoberhäuptern von USA und Taiwan gegeben hatte. Mit der Anerkennung der Volksrepublik durch die USA 1979 kam das Ende für die diplomatischen Beziehungen und auch den Austausch zwischen den Präsidenten. Der Zorn Pekings richtete sich zunächst mehr gegen Tsai, die es gewagt hatte, eigenständig und nicht im Sinne Pekings zu agieren, indem sie – wie das Oberhaupt eines souveränen Staates – ihrem „Kollegen“ Trump gratuliert hatte. Trump wollte man noch mit der Nachsicht für politische Anfänger behandeln: „dialogue with Trump, punishment for the Taiwan authorities“, brachte es die *Global Times* auf den Punkt.

Das Telefonat löste allgemein lebhaftere Diskussionen aus, ob es sich dabei nur um einen diplomatischen Fehltritt aus Unwissenheit oder eine bewusste politische Ansage gehandelt hatte. Verteidiger von Trump machten auf die Ironie aufmerksam, dass er für ein Gespräch mit einer feministisch orientierten, demokratisch gewählten Politikerin, die unter dem Druck eines autoritären Systems steht – und Trumps eigenen Anschauungen wohl nur bedingt entspricht – gescholten wurde. In der Rückschau lässt sich sagen, dass Trump in erster Linie deutlich machen wollte, dass zwischen Washington und Peking Auffassungsunterschiede bestehen und er, Trump, diese ohne viel Rücksichtnahme thematisieren werde. Michael Pillsbury, außenpolitischer Fachmann aus den USA, hat darauf hingewiesen, dass Trump bewusst den Anschein von Unberechenbarkeit erwecken wolle, um sein Gegenüber über seine wahren Absichten im Unklaren zu lassen (sollte er sich über seine Ziele selbst nicht im Klaren sein, würde das durch diese Vorgangsweise auch nicht bemerkt werden).

Trump ließ sich durch die Kritik, die auch in den USA aus Sorge wegen einer Verschlechterung des Verhältnisses zu China geäußert wurde, nicht

verunsichern und bekräftigte seine Haltung. Er wollte das Bekenntnis sogar von (nicht näher definierten) Gegengeschäften mit China zum Nutzen der USA abhängig machen. Peking verschärfte daraufhin den Ton und machte klar, dass ohne das Bekenntnis zum Ein-China-Prinzip kein geordnetes Verhältnis zwischen den beiden Staaten bzw. sogar der Abbruch der Beziehungen möglich sei.

Eine solche Eskalation hatte Trump kaum beabsichtigt, sonst hätte er nicht einen Mann mit einem Naheverhältnis zu China als neuen US-Botschafter in Peking ausgewählt. Terry Branstad, Gouverneur von Iowa, kennt Xi Jinping bereits seit dessen US-Besuch 1985 – ein Ereignis, das offenbar bleibenden Eindruck auf Xi gemacht hatte, da er 2012 wieder nach Iowa kam. Branstad war öfter in China und bemühte sich um Exporte seines Bundesstaates. Peking nahm die Nachricht von der Nominierung sehr positiv auf; ein Regierungssprecher nannte Branstad „einen alten Freund des chinesischen Volkes“. Mit dieser Wahl setzte Trump auf jeden Fall ein Zeichen, das ihm an einer funktionierenden Kommunikation mit China gelegen ist.

Die Drohungen Pekings gegenüber Taiwan waren teils sehr aggressiv. So lautete eine Warnung, dass bei der Wiedervereinigung von Festland und Insel der militärischen Lösung der Vorzug gegeben werden könnte. Tsai nutzte zu Jahresbeginn 2017 einen Transitstopp auf dem Flughafen von Houston im Zuge einer Mittelamerika-Reise, um sich mit Senator Ted Cruz (er war Gegenkandidat zu Trump) und dem Gouverneur von Texas, Greg Abbott, zu treffen – Kontakte zum taiwanesischen Präsidenten während des Transits sind eine langjährige Praxis der USA. Peking versuchte den Aufenthalt zu unterbinden. Tsais Reise war ein wichtiges Vorhaben, weil sie eine Begegnung mit vier der insgesamt 21 Staaten, mit denen Taiwan Beziehungen unterhält, brachte: Guatemala, Nicaragua, Honduras und El Salvador.

Das erste Telefonat der Präsidenten als Eisbrecher

Ein Vorfall im Dezember 2016 war ein weiterer Punkt in der Liste von Vorfällen in kurzer Zeit, die das konfrontative Verhältnis zwischen USA und China unterstrich. Die chinesische Marine fing im Südchinesischen Meer eine Drohne der *U.S. Navy* aus internationalen Gewässern. Die Drohne sollte an Bord der *USNS Bowditch*, eines Schiffs für ozeanographische Aufgaben, gebracht werden, als sie von den Chinesen mit einem kleinen Beiboot in Besitz genommen wurde. Nach US-Angaben weigerte sich das chinesische Schiff trotz Aufforderung, die Drohne, die angeblich

„wissenschaftlichen“ Zwecken dienen soll, zurückzugeben. Aus chinesischer Sicht handelte es sich um einen Fund im Meer. Donald Trump schrieb in einer Twitter-Nachricht, dass die Chinesen sie „gestohlen“ hätten. Das Pentagon war zurückhaltender und sprach lediglich von einer Rechtswidrigkeit. Die Drohne wurde nach einigen Tagen wieder zurückgegeben; in dieser Zeit wurde sie wohl einer genaueren Untersuchung unterzogen. Für China sind solche Geräte interessant, weil der Verdacht besteht, dass sie bei der Aufklärung von U-Booten Verwendung finden und somit auch das nukleare Abschreckungspotential Chinas bedrohen.

Die chinesische Aktion wurde in den USA als Antwort auf die vorhergegangenen Differenzen mit Trump interpretiert. Damit war die Stimmung zwischen Peking und Washington unmittelbar vor der Angelobung des neuen Präsidenten äußerst angespannt. *China Daily* warnte, dass China nicht anderes übrigbleiben könnte, als die „Handschuhe auszuziehen“. Dass zeitlich nahe an der Inauguration Trumps Bilder der modernen ballistischen Interkontinentalrakete Dongfeng-41 auftauchten, dürfte kaum Zufall gewesen sein, zumal im Dezember 2016, ausgerechnet während des Besuchs des damaligen US-Verteidigungsministers Ashton Carter in China, eine solche Rakete getestet wurde. Die Provinz Heilongjiang, wohin die Raketen gebracht wurden, ist geographisch am nächsten zu den USA gelegen.

Nach der Angelobung war es Trump daran gelegen, eine Gesprächsbasis mit seinem Amtskollegen Xi herzustellen. Er sandte einen Brief mit Grüßen zum chinesischen Neujahr (Jahr des Hahnes) an Xi, in dem er seiner Hoffnung auf konstruktive Beziehungen Ausdruck verlieh, ohne allerdings Sachfragen zu thematisieren. Die chinesische Zeitung *Global Times* schrieb, dass Trump wohl erkannt habe, dass eine harte Vorgangsweise gegen China eine Kettenreaktion auslösen könnte, die er dann nicht mehr kontrollieren könnte. Bereits zu diesem Zeitpunkt zeigte sich, wer aus der Umgebung Trumps die wichtigste für die Gestaltung der Beziehungen zu China ist: Jared Kushner, der Schwiegersohn des Präsidenten. Offiziell ist er Berater im Weißen Haus und Leiter des neu geschaffenen *White House Office of American Innovation*. Seine Frau Ivanka war zum Neujahrsempfang der chinesischen Botschaft zu Gast. Cui Tiankai, der Botschafter Chinas in den USA, und Kushner bilden derzeit die zentrale Achse, entlang der die Beziehungen zwischen den beiden Staaten abgewickelt werden.

Die beiden haben auch das erste Telefongespräch von Xi und Trump nach der Amtsübernahme vorbereitet (ein erstes Gespräch hatte es schon nach der Wahl gegeben). Es war der mit Spannung erwartete erste persönliche Austausch der Präsidenten. Die chinesische

Seite sah dem Telefonat mit Skepsis entgegen, weil man aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit Trump befürchtete, es könnte einen ungünstigen Verlauf nehmen. Würde ein solches Ergebnis medial bekannt werden, würde es einen Gesichtsverlust für Xi bedeuten und im chinesischen Denken eine Brückierung des mächtigsten Mannes Chinas darstellen. Das Telefongespräch fand unmittelbar vor einem Besuch von Japans Premierminister Shinzo Abe in den USA statt. Diese Abfolge war von Bedeutung, weil andernfalls China als ein Land dagestanden wäre, dem die USA nicht die gebührende Bedeutung beimessen. Trump sagte in dem Telefonat die Beibehaltung der Ein-China-Politik zu und kam damit Chinas wichtigstem Anliegen nach. Alles in allem diente die Unterredung dazu, einander zu versichern, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten sei.

Trump garantiert Verteidigungspakte mit Japan und Südkorea

Auch der Besuch von US-Verteidigungsminister James Mattis bei den US-Verbündeten Japan und Südkorea Anfang Februar 2017 brachte eine Bestätigung der bisherigen Haltung der USA in Angelegenheiten der gemeinsamen Verteidigung. Aussagen von Trump während des Wahlkampfes hatten die Befürchtung aufkommen lassen, dass er die Bündnispolitik zugunsten einer isolationistischen Haltung abschwächen könnte. Allerdings waren diese Äußerungen oberflächlich gewesen und hatten nicht von eingehender Beschäftigung mit der Materie gezeugt: So hatte Trump kritisiert, dass das Verteidigungsbündnis mit Japan nicht auf Gegenseitigkeit beruhe, obwohl dies aufgrund der japanischen Verfassung, die die Gewaltanwendung als Mittel zur Beilegung von internationalen Konflikten zurückweist, gar nicht möglich wäre. Er hatte gefordert, dass Japan die US-Basen in Japan vollständig finanzieren solle, und damit suggeriert, dass diese überhaupt nicht im höchst eigenen Interesse der USA liegen. Auch die Möglichkeit japanischer Nuklearwaffen hatte er in den Raum gestellt, obwohl diese als Angriffswaffen aus verfassungsrechtlichen Gründen von Japan ebenfalls abgelehnt werden.

Es lag an Mattis klarzustellen, dass die USA an dem Bündnis und seinen Inhalten festhalten. Die USA werden Japan weiterhin im Fall eines bewaffneten Angriffes beistehen. Diese Sicherheitsgarantie umfasst auch die zu Japan gehörenden Senkaku-Inseln, die China als sein Territorium beansprucht. Dies sicherzustellen war Japan angesichts ständiger Machtdemonstrationen Pekings ein besonderes Anliegen. China hat diese Garantie durch Mattis sofort verurteilt, und nur wenige Tage später fuhren Schiffe der chinesischen Küstenwache in japanische

Territorialgewässer um die Inseln ein, was als Antwort auf die Garantie verstanden werden kann. Nach japanischen Angaben war dies bereits das vierte Eindringen in japanischen Hoheitsgewässern 2017, 2016 soll es 36 solcher Vorfälle gegeben haben. Als Reaktion wird die japanische Küstenwache deutlich verstärkt – zu den 14 vorhandenen Schiffen kommen acht neue, davon fünf große Überwachungsschiffe, und 200 Bedienstete sollen neu aufgenommen werden. Auch das japanische Verteidigungsbudget wird angesichts der erhöhten Spannungen in Ostasien bereits das fünfte Mal erhöht.

Fragen der Finanzierung der Verteidigung Japans – Trump hatte im Wahlkampf erhöhte Anstrengungen der Verbündeten gefordert – sollen bei dem Besuch von Mattis nicht erörtert worden sein, wiewohl Übereinstimmung herrschte, dass Japan mehr als die aktuellen ein Prozent BIP in seine Verteidigung investieren sollte. Das entspricht auch der politischen Linie von Shinzo Abe. Mattis lobte in der Öffentlichkeit die Teilung der Kosten im Verteidigungsbereich zwischen USA und Japan.

Ein ganz wesentlicher Punkt bei dem Treffen betraf aber nicht die bilateralen sicherheitspolitischen Verhältnisse, sondern die Stellung der USA gegenüber Nordkorea. Japan befürchtet einen militärischen Alleingang der USA, um die Nuklearwaffen Nordkoreas zu zerstören. Japan würde dann mit Vergeltungsschlägen aus Nordkorea zu rechnen haben. Aus diesem Grund möchte es unbedingt in die Nordkorea-Politik Washingtons eingebunden werden. Wie dringlich die Angelegenheit ist, wurde beim Besuch von Abe in den USA im Februar 2017 deutlich, als Kim Jong-un durch das Abfeuern einer Mittelstreckenrakete vom Typ Pukguksong-2 einmal mehr zeigte, dass Nordkorea seinem Ziel eines effektiven Nukleararsenals immer näher kommt. Aus US-Sicht bedrohlich war, dass die Rakete überraschend an einem Punkt gestartet wurde, an dem dies noch nie zuvor beobachtet worden war. Der Test zeugte vom technischen Fortschritt Nordkoreas und könnte zur weiteren Entwicklung von Interkontinentalraketen einen Beitrag leisten. Letztlich will Nordkorea mit den Nuklearraketen ein Drohpotential gegen die USA in die Hand bekommen.

Die Beispiele Irak und Libyen, wo die Machthaber Saddam Hussein und Muammar al-Gaddafi durch US-geführte bzw. unter führender US-Beteiligung stattgefundenen Militärinterventionen gestürzt wurden, dürften die Familie Kim von der unbedingten Notwendigkeit dieser Waffe überzeugt haben. Mit den jüngsten nordkoreanischen Raketentests wurde Trump an die Prophezeiung seines Vorgängers Barack Obama erinnert, Nordkorea werde für ihn, wenn er einmal im Amt sei, vermutlich die dringendste Angelegenheit werden.

Obamas „strategische Geduld“ mit Nordkorea ergebnislos

Die Fortschritte Nordkoreas bei seinem Nuklearwaffenprogramm, die sich in zwei Atomversuchen 2016 (nach drei in früheren Jahren) und einer Vielzahl an Raketentests, darunter auch von einer U-Boot-basierten Rakete, zeigten, bewiesen, dass die USA keine Antwort auf diese Herausforderung haben. Washington betrieb unter Präsident Obama eine Politik der „strategic patience“. Seit dem Ende der Sechsparteien-Gespräche 2009, bei denen die USA, China und die beiden koreanischen Staaten, gemeinsam mit Russland und Japan, versucht hatten, eine Verhandlungslösung zu erreichen, bestand die Politik Washingtons darin, mit Sanktionen – eigenen und solchen des UN-Sicherheitsrates – Pjöngjang zum Einlenken zu bringen. Die Hoffnung war, dass Nordkorea mit der Zeit mürrisch werden würde oder das Regime zusammenbrechen könnte. Gleichzeitig waren die USA in diesen Jahren trotzdem bereit zu verhandeln, sollte Nordkorea glaubhaft bereit sein, das Nuklearprogramm zu beenden.

Allein es vergingen die Jahre und die Zeit spielte nur für Nordkorea. Selbst der Machtwechsel nach dem Tod von Kim Jong-il 2011 zu seinem Sohn Kim Jong-un brachte keine Änderungen. Nordkorea hat offenbar in den langen Jahren der Isolation ausreichend Wege gefunden, Sanktionen zu umgehen und das nötige Material und Wissen für das Nuklearprogramm trotzdem ins Land zu bekommen. Das unbeirrte Festhalten am Nuklearprogramm trotz aller damit verbundenen Konsequenzen zeigte, dass Nordkorea freiwillig nie auf seine Nuklearwaffen verzichten wird. Für Pjöngjang bedeuten Nuklearwaffen die effektivste Methode der Abschreckung jeder Intervention zur Beendigung der Herrschaft des Kim-Clans. Bereits zu Ende der Präsidentschaft Obamas war klar, dass es eines neuen Ansatzes gegenüber Nordkorea bedürfen würde. Der US-Fachmann Siegfried Hecker nannte im September 2016 einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren, bis Nordkorea über einsatzfähige Interkontinentalraketen mit Nuklearsprengköpfen verfügen werde. Die stellvertretende Nationale Sicherheitsberaterin, K. T. McFarland, sieht hingegen bereits für das Ende von Trumps erster Amtszeit in vier Jahren eine reale Bedrohung. Der zeitliche Druck wird also immer größer.

US-Optionen gegen Nordkorea eingeschränkt

Für Washington sind die Optionen abseits der bisherigen Maßnahmen eingeschränkt. In Frage kommt eine Verhandlungslösung, in der Nordkorea einer

Stilllegung seines Nuklearprogrammes – im Gegensatz zur vollständigen Abrüstung – zustimmt. Angesichts des demonstrativen Bekenntnisses von Nordkorea zu seinem Nuklearprogramm und den bisher schlechten Erfahrungen der USA mit Verhandlungen werden skeptische Stimmen in Washington von so einem Weg abraten. Eine zweite Möglichkeit ist die militärische Lösung, also die Vernichtung der bereits vorhandenen Waffen und Produktionsstätten. Der militärische Aufwand wäre massiv, die damit verbundenen Risiken zu den Erfolgsaussichten in keinem angemessenen Verhältnis.

Laut einer amerikanischen Analyse könnte mit 600 Cruise Missiles und „Smart Bombs“ versucht werden, möglichst großen Schaden für das Nuklearprogramm anzurichten. Eine vollständige Ausschaltung wird kaum erreicht werden können, zumal eine Zweitschlagfähigkeit Nordkoreas mit mobilen Raketenstartrampen erhalten bleiben könnte. Eine Verzögerung bei der Entwicklung von Nuklearwaffen würde der Angriff aber wohl bringen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit würde ein US-Angriff einen Vergeltungsschlag Nordkoreas gegen Südkorea und/oder Japan, der hunderttausende Opfer bedeuten würde, zur Folge haben. Eine alternative militärische Variante wäre eine „chirurgische“ Operation durch Spezialeinsatzkräfte zur Ausschaltung der Führung Nordkoreas. Gedacht wird an die *Navy Seals*, die seinerzeit das Versteck von Osama Bin Laden in Pakistan aushoben. Dazu müsste es den Soldaten gelingen, nach Nordkorea einzudringen und den starken Sicherheitscordon um Kim zu überwinden. Bei zwei großen Übungen der USA und Südkoreas im März und April 2017 sollen bereits mehr Spezialeinsatzkräfte als in der Vergangenheit Szenarien wie dieses geübt haben. Die Erfolgsaussichten einer solchen Aktion sind allerdings nicht sehr hoch zu bewerten.

Mit einem Angriff welcher Art auch immer riskieren die USA einen Gegenschlag Nordkoreas. Sollte Kim Jong-un einen solchen Schlag, wie begrenzt auch immer, als Auftakt zu weiteren Angriffen der USA, vielleicht sogar zu einer Invasion, auffassen, wird er mit hoher Wahrscheinlichkeit mit allen Mitteln – auch nuklearen – zurückschlagen. Ein zweiter Korea-Krieg könnte die Folge sein. Ein nur begrenzter Einsatz militärischer Mittel wäre für Nordkorea nicht zielführend, da es einen Krieg gegen die USA und Verbündete sowieso nicht gewinnen könnte. Die einzige Chance für Pjöngjang läge in einer raschen Beendigung des Krieges, indem die politischen und moralischen Kosten für den Gegner maximiert werden. So könnten Häfen in Südkorea und Japan Ziel von Nuklearschlägen werden, um Anlandungen von US-Truppen zu verhindern und derartigen Schrecken zu verbreiten, dass die USA und Verbündete keine weiteren militärischen Operationen

mehr durchzuführen bereit sind. Äußerst gefährdet ist aufgrund ihrer Lage, rund 50 km von der Grenze entfernt, die südkoreanische Hauptstadt Seoul, die von der in diesem Bereich massierten nordkoreanischen Artillerie unter Beschuss genommen werden könnte. Das nordkoreanische Regime ist zu einer Konfrontation eher bereit als seine westlichen Gegner, geht es doch um das politische Überleben. Aufgrund der umfassenden Kontrolle über den gesamten Staat kann eine Auseinandersetzung mit den USA und Japan in Nordkorea zur einer Frage nationaler Selbstbehauptung hochstilisiert werden, die dazu dienen würde, die Bevölkerung hinter ihrem Führer Kim Jong-un zu versammeln.

China: Washingtons wichtigster Partner im Nordkorea-Konflikt

Diese militärischen und diplomatischen Lösungsvarianten könnten die USA theoretisch selbst verwirklichen. Der diplomatische Weg scheint wenig erfolgversprechend, der militärische birgt die Gefahr solch katastrophaler Folgen, dass zu hoffen und auch zu erwarten ist, dass er nicht eingeschlagen wird. Eine andere Möglichkeit wäre, China auf die Seite der USA zu bringen und Peking zu überzeugen, dass Nordkorea mit allen Mitteln dazu bewegt werden muss, auf Nuklearwaffen zu verzichten. Für eine friedliche Lösung des Konfliktes spielt China eine unverzichtbare Rolle. China hat einen Bündnisvertrag mit Nordkorea und ist traditionell der einzige Staat, mit dem Pjöngjang ein engeres Verhältnis pflegt. Umgekehrt wird gegen den Widerstand Pekings wenig bewirkt werden können.

Für Washington ist es somit essentiell, ein Verhältnis von gegenseitigem Vertrauen mit Peking herzustellen. Dafür muss auch die Chemie zwischen Xi Jinping und Donald Trump stimmen. Angesichts der ähnlichen Grundausrichtung ihrer Politik – „Make America great again“ und „Chinese rejuvenation“ sind Ausdruck des Strebens nach nationaler Größe – könnte sich ein Abstrich bei eigenen Interessen als schwierig erweisen, zumal strittige Wirtschaftsbeziehungen das Verhältnis der beiden Staaten belasten. Sowohl Xi, der sich heuer dem Parteitag der Kommunistischen Partei stellen muss, als auch Trump, der die Erwartungen seiner Wähler erfüllen will, muss sich als tatkräftiger Verteidiger der eigenen Position zeigen.

US-Außenminister Rex Tillerson kündigte auf seiner Asienreise nach Japan, Südkorea und China eine verschärfte Gangart der USA an. Die Politik der „strategischen Geduld“ mit Nordkorea sei zu Ende, alle Möglichkeiten lägen nun am Tisch – somit auch die militärischen. Präsident Trump erneuerte in diesem Zusammenhang seine Kritik an China: „North Korea is

behaving very badly. They have been ‘playing’ the United States for years. China has done little to help”, twitterte er. In Peking stellte Tillerson hingegen die Zusammenarbeit mit China in den Vordergrund. Er wollte auf der Asienreise vor allem die Standpunkte seiner Gastgeber kennenlernen.

China nimmt hinsichtlich Nordkoreas seit Jahren die gleiche Haltung ein: an erster Stelle steht für Peking die Stabilität des Nachbarlandes. Bei einem Zusammenbruch des dortigen Regimes befürchtet China eine Flüchtlingswelle und aufgrund des Bündnisses der USA mit Südkorea die Ausdehnung des amerikanischen Einflussbereiches bis unmittelbar an die chinesische Grenze. Dem gegenüber wiegt die Gefahr nordkoreanischer Nuklearwaffen geringer. Das ist der Grund, warum China das Regime von Kim nach wie vor unterstützt – allerdings mit zunehmendem Widerwillen. Wirtschaftlich ist Nordkorea von China abhängig. Bis zu 90 Prozent seines Handels wird mit China abgewickelt. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Energie erfolgt hauptsächlich durch China. Ein nuklear bewaffnetes Nordkorea ist allerdings absolut nicht im Interesse Chinas. Japan und Südkorea binden sich dadurch enger an die USA und die Aufrüstung beider Staaten wird vorangetrieben. Die Anregung von japanischen Nuklearwaffen durch Trump zeigt, was China im äußersten Fall bevorstehen könnte.

US-Raketenabwehr in Südkorea: Stein des Anstoßes für Peking

Eine engere Kooperation zwischen USA und Südkorea manifestiert sich bereits. Trotz des Protestes aus Peking wollen die beiden Staaten noch heuer eine erste Einheit des Raketenabwehrsystems Terminal High Altitude Area Defence (THAAD) in Südkorea aufstellen – zum Schutz Südkoreas, aber auch der 28.500 dort stationierten US-Soldaten. Diese THAAD-Einheit soll dem US-Truppenkontingent unterstellt sein. China sieht THAAD gegen sich gerichtet, die Aufstellung würde aus seiner Sicht die strategische Balance in der Region bedrohen. Peking behauptet, dass das Radar von THAAD der Aufklärung von chinesischem Territorium dient und das System gegen die nukleare Abschreckung Chinas gerichtet ist. Das Radar von THAAD hat im „Beobachtungsmodus“ eine Reichweite von 3.000 km, erlaubt somit einen „Blick“ weit nach China hinein. China will unbedingt verhindern, dass die USA auf diese Weise die Möglichkeit erhalten, Erkenntnisse über neue chinesische Entwicklungen im Raketenbereich zu gewinnen.

Die USA und Südkorea bestreiten, dass sich das in Aufstellung befindliche THAAD gegen Dritte richtet. Das System soll so geschaltet werden, dass das

Abfangen von (nordkoreanischen) Mittelstreckenraketen möglich ist. Chinesische bzw. nordkoreanische Interkontinentalraketen mit THAAD abzuwehren ist aus technischen Gründen nicht möglich. Das System wird auch geographisch so positioniert, dass lediglich Mittelstreckenraketen, die China auf ihrem Weg nach Japan bzw. Südkorea in einer ganz bestimmten Richtung verlassen, abgefangen werden könnten, wodurch China im Ernstfall mittels anderer Startpositionen die südkoreanische THAAD „umgehen“ könnte. Im „Abwehrmodus“, auf den THAAD zur aktiven Raketenabwehr eingestellt werden soll, ist aber wiederum die Reichweite des Radars auf ca. 1.000 km reduziert. Dieser Modus ist allerdings in einem Zeitraum von acht Stunden auf den passiven „Beobachtungsmodus“ umschaltbar. Dann könnte das Radar chinesische Interkontinentalraketen erfassen und diese Daten in das Gesamtsystem der US-Raketenverteidigung einspielen. Das würde – in Kombination mit den zwei THAAD-Radareinheiten in Japan – in der Tat das US-Raketenabwehrsystem verbessern. Die erweiterten Aufklärungsmöglichkeiten der USA und die mit THAAD einhergehenden engeren Bande zwischen USA, Japan und Südkorea sind der Kern der strategischen Einwände Chinas gegen THAAD. Von Seiten der Volksbefreiungsarmee wurde festgestellt, dass THAAD in Friedenszeiten durch Laserwaffen funktionsunfähig gemacht werden könnte, für den Kriegsfall werde es auf die Zielliste der Raketenstreitkräfte gesetzt.

Das totalitäre System Chinas ermöglicht den Einsatz einer Reihe von Druckmitteln gegen Südkorea, um das Projekt zu stören. THAAD soll auf einem Grundstück, das dem Mischkonzern Lotte gehört, eingerichtet werden. Das südkoreanische Unternehmen ist auch in China aktiv. Diesen Umstand nutzte der chinesische Staat, um gegen das Unternehmen vorzugehen. In den chinesischen Niederlassungen tauchten Kontrollorgane auf, die die Einhaltung verschiedener behördlicher Auflagen und die Finanzgebarung überprüften. Lotte musste daraufhin einen Großteil seiner Geschäfte schließen, die Errichtung eines Themen-Parks wurde gestoppt. Es gab Cyber-Attacken auf die Webseiten.

Wurde der wahre Grund für die Maßnahmen zunächst nicht offen einbekannt, gab es letztlich doch das Eingeständnis einer konzertierten Aktion. Peking forderte von Lotte express verbis eine Verweigerung oder zumindest einen Aufschub der Grundstücksübergabe an das südkoreanische Verteidigungsministerium. Dass sich Lotte schließlich der eigenen Regierung und nicht der chinesischen beugte, soll auch dem Druck von staatlicher Seite zuzuschreiben sein. Es gab Spekulationen über Drohungen wegen illegaler Machenschaften. Der

Schaden für den Konzern ist beträchtlich und könnte sich auf bis zu 176 Millionen USD belaufen.

Eine weitere Maßnahme Chinas ist die Beschränkung des Tourismus. Von Februar auf März 2017 gingen die Besuche von Chinesen in Südkorea um 39 Prozent zurück. Südkoreanischen Pop-Musikern wurde die Einreise nach China verweigert und die Übertragung von südkoreanischen TV-Sendungen im Internet gesperrt. In Medien erschienen Aufrufe zum Boykott südkoreanischer Produkte. Die Proteste gegen Südkorea werden auch zur Indoktrination der chinesischen Jugend genutzt. Schul- bzw. Kindergartenkinder skandierten organisiert Parolen gegen Lotte und präsentierten einschlägige Spruchbanner.

Der Konflikt ist keineswegs eine reine Unstimmigkeit zwischen den Staatskanzleien. In der chinesischen Öffentlichkeit stößt der Konflikt auf reges Interesse (das auch entsprechend gefördert wird). Beim Qualifikationsspiel für den Fußball-Weltcup zwischen China und Südkorea im chinesischen Changsha wurden umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen, weil aufgrund des Streites die Stimmung unter den Chinesen gegenüber Südkorea sehr schlecht ist. Umgekehrt sind laut Meinungsumfragen nun die Chinesen die Nummer eins von den in Südkorea am wenigsten geschätzten Nationen; davor waren es die Japaner. 10.000 Polizisten waren bei dem Match im Einsatz. Von offizieller Seite wurden die Fans aufgefordert, einen „vernünftigen Patriotismus“ an den Tag zu legen und ihre Gefühle in „zivilisierter und friedlicher Art“ zum Ausdruck zu bringen. China gewann 1:0, wodurch Ausschreitungen unterblieben.

Washington hofft, dass THAAD für Peking Anlass ist, gegenüber Nordkorea die Initiative zu ergreifen, es von seinem Kurs abzubringen, weil die Chinesen nun erkennen, welche negative Folgen das unbeirrbar Festhalten Nordkoreas an seinem Nuklearprogramm hat. An erneuten Verhandlungen mit Nordkorea ist Peking auf jeden Fall interessiert, sieht es doch derzeit einen Kreislauf von Aktion und Reaktion der beiden Konfliktparteien, der keinen Ausweg eröffnet. So bewertete Peking den letzten nordkoreanischen Nukleartest im September 2016 als Folge der Ankündigung, THAAD in Südkorea aufzustellen. Den nordkoreanischen Raketentest im Februar 2017 brachte Peking mit dem Raketabwehrsystem, aber auch mit den umfassenden US-südkoreanischen Manövern *Foal Eagle* und *Key Resolve*, die zeitgleich im März bzw. April 2017 stattfanden, in Verbindung.

Peking misst den USA und Nordkorea gleichermaßen Schuld an der aktuellen Lage zu. Nun gelte es diesen Kreislauf zu durchbrechen, so Chinas Außenminister Wang Yi. Er forderte Nordkorea auf, sein Nuklearprogramm zu suspendieren, und die USA und

Südkorea ihre Manöver zu stoppen. China misst sich in dem Konflikt keine Hauptrolle zu, weil aus Sicht Pekings nur die USA Nordkorea Sicherheitsgarantien geben können. Nordkorea fühlt sich von den USA bedroht, die USA wiederum sehen von Nordkorea eine Gefahr ausgehen, und somit liegt aus chinesischer Sicht die Hauptverantwortung für eine Lösung bei diesen beiden. Unter den gegenwärtigen Umständen die Manöver aufzugeben kommt aber für Washington und Seoul nicht in Frage.

Chinas Geduld mit Nordkorea am Ende

Peking ist bestrebt, in dem Konflikt eine Äquidistanz zwischen Washington und Pjöngjang zu halten. Längst vorbei sind die Zeiten, als China und Nordkorea sich zumindest nach außen als Freunde und Verbündete präsentierten. Staatsgründer Kim Il-sung hatte sein politisches Überleben der chinesischen Intervention im Korea-Krieg 1950 – 1953 zu verdanken. Damals wurde der Grundstein für die gegenseitige Abhängigkeit gelegt, ließen doch 180.000 Chinesen (offiziell; inoffizielle Zahlen sprechen von 500.000) in Korea ihr Leben; eine „Investition“, die China nicht so leicht abschreiben will. 1961 wurde ein wechselseitiger Beistandspakt geschlossen; der einzige, über den China verfügt.

Das Verhältnis der beiden Staaten seit der Jahrtausendwende beschrieb Dong Ryul Lee vom East Asia Institute in Seoul als „Tauziehen“ – jeder versuche den anderen in Richtung seiner Interessen zu ziehen. Kim Jong-il, der Vater des jetzigen Führers, wollte nicht von Peking bevormundet werden und Reformen nach Chinas Vorstellungen durchführen. Ein Überläufer sagte, dass Kim Jong-il China gehasst habe. Zur Ambivalenz in den Beziehungen trägt bei, dass das kleine Nordkorea sich der Unterlegenheit gegenüber dem übermächtigen Nachbarn wohl bewusst, zugleich aber von ihm abhängig ist. Kim Jong-un schert sich nicht um die Wünsche Pekings und treibt das Nuklearprogramm weiter voran. Die Gräben wurden tiefer. China versteht sich als Stütze des Systems internationaler Organisationen und Abkommen. Nordkorea ist aus dem Nichtverbreitungsvertrag ausgetreten und verstößt mit den Nuklear- und Raketentests gegen Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates, dessen ständiges Mitglied China ist. Die Unbeirrbarkeit Pjöngjangs bewirkt Kritik, vor allem aus den USA, an Peking, nicht genügend zu tun, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Dieser Vorwurf ist ein wesentlicher Streitpunkt zwischen Peking und Washington im Nordkorea-Konflikt.

Wenn auch das Nuklearprogramm der Hauptgrund für die Unstimmigkeiten zwischen Peking und Pjöngjang ist, so wäre das Bild unvollständig, wenn man nicht

Nordkoreas unfreundliche Akte gegenüber dem Nachbarn mitberücksichtigt.

2013 ließ Kim Jong-un seinen Onkel Jang Song-thaek hinrichten. Jang galt lange als zweiter Mann im Staat und war die wichtigste Kontaktperson für China. Ihm wurde in Peking großes Vertrauen entgegengebracht. 2012 wurde er von Xi Jinping empfangen. Jang war ein Anhänger von Reformen nach Chinas Vorbild. China will unbedingt die Kluft in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den beiden Staaten verringern, um mehr Stabilität für beide zu erreichen. Jangs Tod dürfte die endgültige Machtübernahme von Kim Jong-un und gleichzeitig einen massiven Einflussverlust Pekings bedeutet haben.

Weiter belastet wurden die Beziehungen durch den Mord an Kim Jong-nam, den Halbbruder von Kim Jong-un, im Februar 2017. Die Tat erregte schon durch ihre ungewöhnlichen Umstände Aufsehen. Kim wurde in der Abflughalle des Flughafens der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur der Kampfstoff VX ins Gesicht appliziert, er starb keine halbe Stunde später. Die Tatverdächtigen, zwei Frauen aus Indonesien bzw. Vietnam, gaben an, in dem Glauben gehandelt zu haben, bei einem Streich nach Art der „versteckten Kamera“ mitgemacht zu haben. Sie wurden festgenommen, mehrere Nordkoreaner, die von den malaysischen Behörden gesucht wurden, konnten sich absetzen.

Der Mord gab zu einer Reihe an Spekulationen Anlass, blieben doch die Hintergründe der Tat im Dunkeln. Allgemein wurde Kim Jong-un als Auftraggeber vermutet. Sein Halbbruder hatte sich mit beider Vater, Kim Jong-il, überworfen und lebte in der chinesischen Sonderverwaltungszone Macao. Genauer über seine Lebensumstände ist nicht bekannt. Er galt als Playboy, dem Glücksspiel und leiblichen Genüssen zugetan, äußerte sich aber auch kritisch über das Regime seiner Familie. Politische Ambitionen dürfte er keine gehabt haben. Kim Jong-un soll schon 2012 einen Mordauftrag gegeben haben (was den Umstand, dass Kim Jong-nam unmittelbar vor dem Anschlag alleine, ohne Leibwächter unterwegs war, erklärungsbedürftig erscheinen lässt). Einen klar ersichtlichen Grund, warum die Tat zum jetzigen Zeitpunkt erfolgte, gibt es nicht. Als Einwohner Macaos stand Kim Jong-nam unter dem Schutz der chinesischen Regierung und wurde vielleicht als eine Art „Personalreserve“ gesehen, sollte sich für Peking die Notwendigkeit ergeben, auf einen China-freundlichen Vertreter des Kim-Clans zurückzugreifen. Somit könnten durch den Mord chinesische Pläne durchkreuzt worden sein. Das allein wäre schon Grund für Verärgerung gegenüber Nordkorea. Schwerer ins Gewicht fallen dürfte, dass die Tat vor allem eine Demonstration gegenüber Peking war, dass Nordkorea macht, was es will, und dabei vor

keiner Brutalität – selbst Nahestehenden gegenüber (was durchaus auch politisch verstanden werden kann) – zurückschreckt. Das ungewöhnliche Tötungsmittel war zudem ein Bekenntnis, dass Nordkorea noch über andere Massenvernichtungswaffen als nukleare verfügt und bereit ist, diese einzusetzen.

In China wurde dadurch mit Sicherheit die Debatte über den Umgang mit Nordkorea angeheizt, war die Tat doch ein Beleg für die Unberechenbarkeit des Regimes. Außenpolitik-Fachmann Zhu Feng sieht Pekings Geduld zu Ende gehen. Xi Jinping soll zudem eine Abneigung gegen Kim Jong-un haben. Wie distanziert das Verhältnis zwischen den beiden Staaten ist, zeigt der Umstand, dass Xi und Kim trotz mehrjähriger Amtszeit einander noch nie persönlich begegnet sind.

China macht Druck auf Nordkorea

Nach dem Mordanschlag verschärfte China die Sanktionen gegen Nordkorea und die Einfuhr von Kohle aus dem Nachbarland wurde für den Rest des Jahres 2017 gestoppt. Kohle soll die Hälfte der nordkoreanischen Exporte nach China und insgesamt ein Fünftel seines Handels ausmachen. Der Stopp dürfte Nordkorea empfindlich treffen, geht es doch um einen Verlust von rund einer Milliarde USD. Offenbar sieht Peking es nicht länger als Option, die Dinge wie bisher weiter laufen zu lassen, zumal China mit der Verhinderung von THAAD in Südkorea ein gewichtiges Eigeninteresse in dem Konflikt hat. Nordkorea bekommt auf diese Weise mehr Druck, und die USA haben weniger Grund, China wegen seiner Passivität gegenüber Pjöngjang zu kritisieren. China hofft, dadurch die Sechs-Parteien-Gespräche wieder in Gang zu bringen.

Der Importstopp verfehlte seine Wirkung nicht. Die zornige Reaktion aus Pjöngjang war auch ein weiterer Beleg, wie angespannt die Beziehungen zwischen Peking und Pjöngjang sind. In einer Stellungnahme hieß es über einen Nachbarstaat, der nicht namentlich genannt wurde, er bezeichne sich oft als freundlicher Nachbar, tanze aber nach der Pfeife der USA, während er sein gemeines Verhalten verteidige. Es sei kindisch anzunehmen, dass Nordkorea wegen ein paar Münzen Kleingeld auf Nuklearwaffen und Raketen verzichten werde. Trotz der Empörung in Pjöngjang wurde der Vizeaußenminister nach Peking entsandt. Es dürfte der erste hochrangige Besuch in China seit Juni 2016 gewesen sein! Aufgrund von Erfahrungen in der Vergangenheit gab es zunächst Skepsis, wie ernst es China tatsächlich mit dem Verbot ist. Mittlerweile sind die Zweifel ausgeräumt. Mit Kohle beladene Schiffe fuhren von China zurück nach Nordkorea, weil sie nicht entladen durften. Die USA spielen dabei indirekt eine

Rolle, weil die Lieferausfälle aus Nordkorea durch Kohleimporte aus den USA ausgeglichen werden.

Dass es für Peking an der Zeit war, aktiv zu werden, zeigten die Ankündigungen Donald Trumps, dass die USA, wenn nötig, auch allein gegen Nordkorea vorgehen werden. Er bot China damit einen gemeinsamen Weg in dieser Frage an, ohne sich von Peking abhängig zu machen. Das teilte er Xi Jinping auch beim ersten persönlichen Treffen Anfang April 2017 in Palm Beach (Florida) mit. Xi und Trump stimmten überein, dass die Fortschritte des nordkoreanischen Nuklearprogrammes sehr ernst zu nehmen seien. Xi dürfte Trump aber auch auf die Schwierigkeiten für China hingewiesen haben, auf Nordkorea einzuwirken.

Mit dem während des Besuches von Xi stattgefundenen Angriff der USA auf einen syrischen Luftwaffenstützpunkt wollte Trump ganz allgemein zeigen, dass er zu Alleingängen bereit ist. US-Außenminister Tillerson ließ durchblicken, dass der Angriff auch eine Warnung an Nordkorea war. Damit wurde auch Druck auf Peking ausgeübt. Da aus oben geschilderten Gründen ein Militärschlag gegen Nordkorea um vieles riskanter als gegen Syrien ist, geht es Trump vermutlich in erster Linie darum, China dazu zu bringen, den Druck auf Nordkorea zu erhöhen. Zur Untermauerung der Ernsthaftigkeit seiner Drohungen wurde der Flugzeugträgerverband um die *USS Carl Vinson* in den westlichen Pazifik entsandt (wo er aufgrund von „Kommunikationsfehlern“ zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt als angekündigt eintraf).

Nordkorea unbeirrbar, China und USA arbeiten am gemeinsamen Weg

Die Spannungen wurden weiter angeheizt durch Arbeiten auf dem nordkoreanischen Testgelände Punggye-ri, die auf einen neuen Atomversuch hindeuteten. Der Geburtstag von Staatsgründer Kim Il-sung am 15. April bot sich als Termin für einen solchen Test oder auch einen Raketenstart an. Dementsprechend hoch war die Nervosität in China, aber auch in Japan und Südkorea. Japans Premierminister Abe warnte vor einem nordkoreanischen Raketenangriff auf Japan zur Verbreitung des Nervengiftes Sarin. Xi Jinping rief Donald Trump an, um ihm zu versichern, dass Chinas Ziel die Entnuklearisierung von Nordkorea sei, sie aber mit friedlichen Mitteln erreicht werden müsse. Ein Beitrag in der Zeitung *Global Times* ließ durchblicken, dass Peking ein Nachgeben Nordkoreas wünscht, nachdem US-Außenminister Tillerson versichert hatte, dass ein Regimewechsel nicht in der Absicht der USA liege. Laut Tillerson soll auch China der Ansicht sein,

dass ohne irgendein Signal von Seiten Nordkoreas Verhandlungen keinen Sinn machen. Nordkorea müsste also auf die eine oder andere Art Zugeständnisse machen.

Zu einem neuerlichen Nuklearversuch ist es anlässlich der Geburtstagsfeierlichkeiten nicht gekommen. Es wurde aber eine Rakete gezündet, die allerdings gleich nach dem Start explodierte (vielleicht als Folge einer US-Cyberattacke). Auf der zu dem Anlass obligatorischen Militärparade wurden neue Interkontinentalraketen gezeigt, die nach Expertenmeinung nicht feuerbereit, sondern Prototypen sind. Da der nächste Nukleartest nur eine Frage der Zeit sein dürfte, macht Washington weiter Druck. Vizepräsident Mike Pence bekräftigte bei einem Besuch in Südkorea die Entschlossenheit der USA: „North Korea would do well not to test his (Trump, Anm.) resolve.“ Außerdem forderte er China auf, seine „außergewöhnlichen Druckmittel“ einzusetzen.

In den letzten Wochen soll in den US-Streitkräften intensiv das Abfangen nordkoreanischer Testraketen erörtert worden sein, weil dies als das gelindeste militärische Mittel, das gegen Nordkorea eingesetzt werden kann, erachtet wird. Riskant bei einem solchen Unternehmen wäre, dass ein Fehlschlag Nordkorea einen Vorteil verschaffen würde, weil sein Drohpotential mehr Gewicht erhalten würde. Und – wie bei jedem Angriff auf Nordkorea – gilt, dass Pjöngjang ein Argument mehr für sein Nuklearprogramm bekäme. Ein erneuter Nukleartest könnte trotzdem für die USA die „rote Linie“ sein, deren Überschreiten den Abschluss nordkoreanischer Raketen bedeuten könnte.

Schlussfolgerungen

Wie komplex der Konflikt ist, zeigten die Verhandlungen für eine erneute Resolution des UN-Sicherheitsrates. Zur allgemeinen Überraschung kamen von Russland Einwände gegen einen Entwurf, den Peking unterstützte. Russland monierte die Forderung nach einer friedlichen Lösung „durch Dialog“ in den Sicherheitsratsbeschluss. In der Vergangenheit war man solche Einwände von China gewohnt. Offenbar versuchen Washington und Peking derzeit durch konzertierten Druck, Nordkorea zum Einlenken zu bringen. Trump war dafür sogar bereit, den Vorwurf aus seinem Wahlkampf fallen zu lassen, China sei ein „Währungsmanipulator“. Die Frage ist, wie die USA auf einen weiteren Nuklearversuch reagieren. Ein solcher Test wird zeigen, ob es Donald Trump mit seinen Drohungen ernst ist. Bislang hat er, der oft den Anschein von Unberechenbarkeit erweckt hat, den Druck auf Nordkorea erhöht, dabei aber mit Peking ein Einverständnis erzielt. Ein Waffeneinsatz der USA würde dies gefährden.

Autor

Mag. Dr. Gerald Brettner-Messler ist seit 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (Fachbereich Sicherheitspolitik) sowie ständiger Mitarbeiter der Österreichischen Militärischen Zeitschrift. Studium der Geschichte und einer Fächerkombination an der Universität Wien, Sponsion 1995, Promotion 1999, Ludwig-Jedlicka-Gedächtnispreis (Förderungspreis) für die Dissertation „Richard Riedl – ein liberaler Imperialist“.

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an wolfgang.gosch@bmlvs.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10 28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

www.bundesheer.at/iss

